

Forderungen zum Bundesaufnahmeprogramm

Berlin, 29. November 2023

1 Jahr Bundesaufnahmeprogramm – ein gescheitertes Programm?

Zusammenfassung:

- Das Bundesaufnahmeprogramm ist eine Form der legalen Migration.
- Der Programmfortschritt darf künftig nicht in Bezug auf die Fallbearbeitungen der meldeberechtigten Stellen und der Koordinierungsstelle gemessen werden, sondern an den tatsächlichen Einreisen in die Bundesrepublik.
- Eine Evaluierung muss Transparenz in die vergangenen Entscheidungen bringen.
- Eine Individualprüfung für Fälle von Personen, die im Sicherheitsbereich tätig waren, muss durch das Programm ermöglicht werden.
- Der gesamte Prozess muss beschleunigt werden. Eine Aufstockung des Personals in Islamabad sollte geprüft werden.
- Angedachte Resettlement-Programme für Afghan:innen, die sich bereits in Drittstaaten aufhalten müssen zeitnah starten.
- Das Bundesaufnahmeprogramm muss die Situation vor Ort berücksichtigen.

Am 17.10.2022, startete das humanitäre Bundesaufnahmeprogramm für besonders gefährdete Personen aus Afghanistan. Über das Programm sollten Menschen nach Deutschland reisen, die als besonders gefährdet gelten. Tausende Fälle sollen unter großem (hauptsächlich ehrenamtlichem) Aufwand bearbeitet werden. Eine gute Idee, die die humanitäre Hilfe der Bundesregierung, unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, hervorhebt.

24 Personen konnten in diesem Jahr über das Programm nach Deutschland gebracht werden (Stand: 14.11.23). Dies bleibt hinter den eigenen Erwartungen der Bundesregierung und den Hoffnungen der Menschen zurück. Das Bundesaufnahmeprogramm ist eine Form der legalen Migration. Eine Möglichkeit, Menschen zu retten, die Organisationen bereits bekannt sind.

Verband afghanischer Organisationen

in Deutschland e.V. (VAFO)

Mareschstraße 3 | 12055 Berlin

vafo.ngo

Pressekontakt

Annika Mainka

annika.mainka@vafo.ngo

Der Verband afghanischer Organisationen in Deutschland (VAFO) e.V. fordert:

Das Bundesaufnahmeprogramm muss schnellstmöglich evaluiert werden

Immer wieder wird von einer Evaluierung des Bundesaufnahmeprogramms im Frühjahr 2024 gesprochen. Der Zeitpunkt ist zu spät! Um noch in der laufenden Legislaturperiode Änderungen am Programm umsetzen zu können, sowie den schleppenden Prozess zu verbessern, muss eine Evaluierung noch in diesem Jahr beginnen. Eine vorzeitige Evaluierung bringt Transparenz in das Programm und verbessert durch eine ausführliche Untersuchung den Ablauf für die Zukunft.

- I. Das Programm startete vor etwas mehr als einem Jahr. Es war und ist auch noch heute ein Hoffnungsschimmer für die vielen gefährdeten Personen in Afghanistan. Zu wenige Menschenleben konnten bisher mithilfe des Bundesaufnahmeprogramms gerettet werden. 24 Einreisen nach Deutschland (Stand 14.11.23) sind für den großen Einsatz der zumeist ehrenamtlichen Meldestellen in Deutschland und dem Anspruch der Bundesregierung zu wenig. **VAFO fordert, dass der Programmfortschritt künftig nicht in Bezug auf die Fallbearbeitungen der meldeberechtigten Stellen und der Koordinierungsstelle gemessen wird, sondern an den tatsächlichen Einreisen in die Bundesrepublik.**

- II. Der Prozess des Bundesaufnahmeprogramms wurde unter einem großen Aufwand von der Bundesregierung, zusammen mit Vertreter:innen verschiedener Nichtregierungsorganisationen entwickelt. Für Außenstehende ist der Prozess des Programms, inklusive seiner Entstehung, undurchsichtig. Eine Evaluierung muss Transparenz in die vergangenen Entscheidungen bringen. **Transparenz, warum bestimmte Personengruppen von dem Bundesaufnahmeprogramm ausgeschlossen sind. Transparenz,**

nach welchen Kriterien Gefährdungslagen bestimmt werden.
Transparenz, nach welchen Kriterien bestimmte Fälle priorisiert werden.

- III. VAFO kann sicherheitspolitische Bedenken bei einzelnen Personengruppen durchaus nachvollziehen. Dennoch gelten Personen aus dem Sicherheitsbereich als die gefährdetsten Menschen in Afghanistan. Ihre Lage darf nicht pauschal ignoriert werden. **VAFO fordert eine Individualprüfung für Fälle von Personen, die im Sicherheitsbereich tätig waren.**
- IV. Das Bundesaufnahmeprogramm wird als langsam, bürokratisch und nicht effizient kritisiert. **Der gesamte Prozess muss beschleunigt werden.** Die Bundesregierung muss ihr Versprechen 1000 Menschen pro Monat zu evakuieren einhalten. Die humanitäre Situation in Afghanistan ist katastrophal und wird durch die Abschiebungen des Irans und Pakistans noch verschärft. Dabei dürfen Sicherheitsbedenken nicht ignoriert werden.

Das Bundesaufnahmeprogramm führt gefährdete Personen aus Afghanistan derzeit in die deutsche Botschaft nach Islamabad, Pakistan. Dort werden die Sicherheitsinterviews durchgeführt, sowie die potenzielle Weiterreise nach Deutschland organisiert. Um den Prozess zu beschleunigen und gefährdeten Personen ein Leben in Frieden und Freiheit zu ermöglichen, fordert VAFO eine Prüfung, ob eine Aufstockung des Personals in Islamabad möglich ist.

- V. Viele Afghan:innen mussten im Sommer 2021 ihr Heimatland schnellstmöglich verlassen und halten sich seitdem in umliegenden Staaten auf. Diese Personen, die sich bereits in Drittstaaten aufhalten, dürfen nicht vergessen werden. **Angedachte Resettlement-Programme für Afghan:innen müssen zeitnah starten.**
- VI. Leider orientiert sich das Bundesaufnahmeprogramm nicht an den Realitäten vor Ort. Dokumente müssen vorliegen, Fragebögen digital

Forderungspapier



versendet werden, Pässe und Visa nach Pakistan müssen erworben werden. Die Voraussetzungen zu erfüllen, ist bedauerlicherweise nur einem elitären Kreis in Afghanistan möglich. Die Infrastruktur vor Ort erlaubt es den meisten Personen nicht an dem Programm teilzuhaben. Gefährdete Personen leben vornehmlich versteckt oder auf der Flucht und können nicht an von Taliban besetzten Stellen ihre Pässe beantragen. Da nur die deutsche Botschaft in Pakistan für das Bundesaufnahmeprogramm zuständig ist, besitzt Pakistan eine Monopolstellung und Einreise-Visa für Afghan:innen sind entsprechend teuer. Dazu kommen die Ausweisungen, die Pakistan seit kurzem vornimmt. Bereits 300.000 Afghan:innen wurden von der pakistanischen Regierung abgeschoben (Stand 16.11.23). Viele der jetzt nach Afghanistan Angekommenen schweben in Lebensgefahr. **Das Bundesaufnahmeprogramm muss die Situation vor Ort berücksichtigen!**